

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2082

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2082



Nutzungsbestimmungen

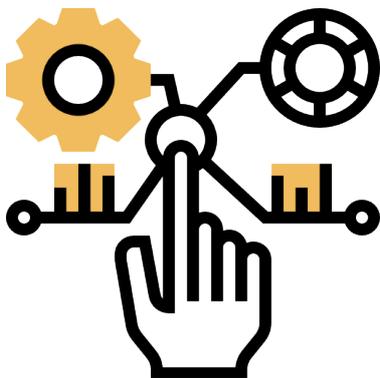
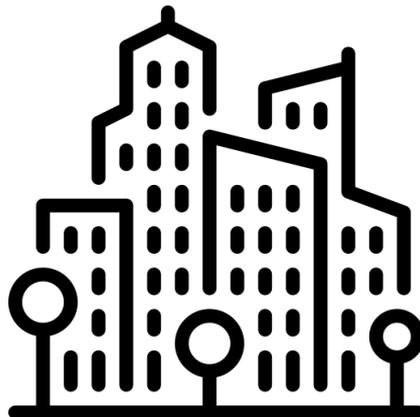
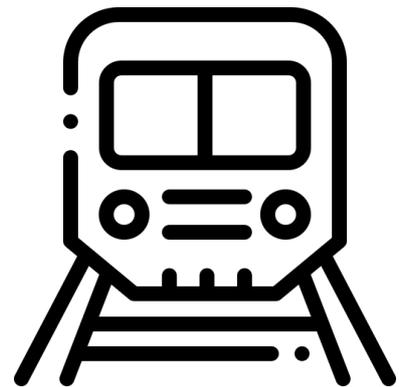
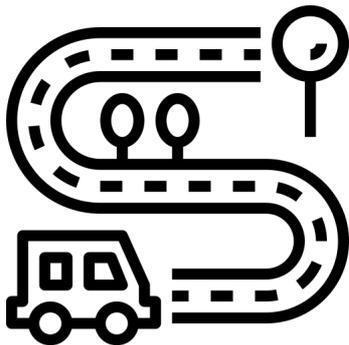
Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**Diskussionsgrundlage für eine
vorausschauende und erfolgreiche
Stadt- und Agglomerationspolitik**





Einleitung

Das dicht besiedelte schweizerische Mittelland mit seinen Agglomerationen ist mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Die Schweiz erlebt eine Metropolisierung. Ein immer grösserer Anteil der Bevölkerung lebt in städtisch geprägten Räumen die dank ausgebauten Verkehrsinfrastrukturen zu Grossagglomerationen oder eben so genannten Metropolitanräumen wurden. 84 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben in Gemeinden mit städtischem Charakter auf 41 Prozent der Landesfläche, 87 Prozent der Beschäftigten leben im urbanen Raum. Die Prognosen gehen von einem weiteren Wachstum der Bevölkerung aus.

Es gilt für die demographische und gesellschaftliche Entwicklung genügend Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum garantieren zu können. Für die Bewältigung der bereits grossen und stetige wachsenden Mobilität bedingt es intelligente und integrative Verkehrskonzepte. Um das Potenzial der Schweizer Städte als Wirtschaftsmotoren auszuschöpfen, braucht es exzellente Bildungsinstitutionen, Innovation und gute Rahmenbedingungen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und der Lebensqualität genutzt werden. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen geleistet werden. Nicht zuletzt ist die Sicherheit in der Schweiz zu gewährleisten. In den Städten ist diese besonders fragil und eine stetige Herausforderung.

Die CVP setzt sich als Partei für eine vorausschauende und erfolgreiche Stadt- und Agglomerationspolitik ein. Unter der Leitung von Nationalrat Philipp Kutter (CVP, ZH) und Stadtpräsident von Wädenswil hat eine Arbeitsgruppe der CVP folgende Forderungen erarbeitet. Die CVP setzt dabei auf Innovation und auf Freiheit des Einzelnen, ohne die soziale Verantwortung der Gesellschaft zu vergessen.

Siedlungen in hoher Qualität gegen innen verdichten

Soziale Lasten fair ausgleichen

Intelligente und integrative Verkehrssysteme fördern

Lebendige Innenstädte erhalten

Energieverbrauch senken, Ressourceneffizienz erhöhen

Sicherheit in Schweizer Städten garantieren



Siedlungen in hoher Qualität gegen innen verdichten

Die landschaftlichen Qualitäten unseres Landes gilt es zu bewahren, deshalb muss die weitere Ausdehnung des Siedlungsgebiets vermieden werden. Der Boden muss effizient genutzt und die Siedlungen verdichtet werden. Diese Entwicklung nach Innen ist eine Chance zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums, zur Belebung der Zentren sowie zur Gestaltung der Quartiere und des öffentlichen Raumes. Eine strategische Quartierentwicklung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Siedlungsentwicklung.

Die Bauvorschriften müssen für diese nach innen gerichtete Siedlungsentwicklung genügend Spielraum gewähren. Die städtebauliche Qualität muss stimmen und der Bevölkerung muss der Mehrwert für die Allgemeinheit aufgezeigt werden. Mögliche Ansätze sind gezielte Aufzonungen und das Bauen in die Höhe, sowie Nutzungspläne, die eine Aufwertung des öffentlichen Raums beinhalten und eine gewisse Abgeltung des planungsrechtlichen Mehrwerts für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur bereitstellen. Ein guter Dialog und enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Agglomerationen, Städten und Bund ermöglicht, dass aus guten Beispielen und Projekten der erfolgreichen Quartier- und Siedlungsentwicklung gelernt werden kann.

Besonders Sorge zu tragen ist der guten Durchmischung der Bevölkerung. Sie ist für ein lebendiges Gemeinwesen unabdingbar. Vielfach vermag der Wohnungsmarkt nicht genügend bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten bereitstellen. Mit der Förderung von Wohnbaugenossenschaften können Städte, Kantone und Bund dafür sorgen, dass die gesellschaftliche Durchmischung gewährleistet bleibt.

Forderungen an den Bund:

- Entwicklung einer Agglomerationspolitik, die besonders auf die Unterstützung der mittelgrossen Städte und Gemeinden fokussiert.
- Neuauflage der Wohneigentumsförderung. Denn trotz dem Verfassungsauftrag ist diese heute praktisch inexistent.
- Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf mindestens dem heutigen Niveau.
- Förderung innovativer Quartierentwicklung. Dafür bedingt es den Dialog zwischen Gemeinden, Städten und Kantonen. Der Bund hat diesen Austausch zu fördern und zu unterstützen.

Forderungen an Kantone, sowie Städten und Gemeinde:

- Einführung einer Abgabe auf planungsrechtlichen Mehrwert auch bei Um- und Aufzonungen. Damit sollen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur finanziert und ein Mehrwert für die Gemeinschaft geschaffen werden.
- Aktivere Bodenpolitik, um mehr Handlungsspielraum für Infrastrukturvorhaben und das genossenschaftliche Wohnen zu erhalten.



Soziale Lasten fair ausgleichen

Bedingt durch die soziodemografische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung tragen Städte und Agglomerationen den überwiegenden Teil der sozialen Lasten unseres Landes. Eine Herausforderung stellt die Integration von Personen mit Migrationshintergrund dar. Deren Anteil an der Bevölkerung liegt in den städtischen Gebieten klar über dem Landesmittel. Eine besondere Herausforderung stellt dies für Agglomerationsgemeinden, deren Ausländeranteil bei 45 und mehr Prozent liegt, wie beispielsweise Bümpliz (BE), Schlieren (ZH) oder Renens (VD). Diese Gemeinden verfügen oft nicht über die finanziellen Möglichkeiten für professionelle Integrationsprogramme.

Die Lebenserwartung der Schweizerinnen und Schweizer steigt. Das ist grundsätzlich erfreulich, bringt aber auch Herausforderungen. Die CVP findet es wichtig, dass Seniorinnen und Senioren sich in den Städten wohl fühlen. Hierfür braucht es ein hohes Mass an Sicherheit, geeignete Wohnformen, ein gut ausgebautes Gesundheitssystem sowie den Zugang zu öffentlichem Verkehr. Eine besondere Herausforderung ist die fortschreitende Individualisierung und die wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten. Ende 2017 gab es in der Schweiz rund 3.7 Mio Privathaushalte. In gut einem Drittel dieser Haushalte lebte nur eine Person, das entspricht 16% der ständigen Wohnbevölkerung. Wichtig sind deshalb Massnahmen gegen die Vereinsamung, zum Beispiel die Förderung der Nachbarschaftshilfe und die Belebung der Wohnquartiere. Es braucht einerseits Massnahmen der öffentlichen Hand, gleichzeitig aber auch dass jede und jede gesellschaftliche Verantwortung übernimmt und in seiner Umgebung etwas zur Gemeinschaft beiträgt.

Forderungen an den Bund:

- Impulsprogramm für altersgerechtes Wohnen.
- Entschädigung der Städte und Gemeinden im Rahmen der Integrationspauschalen.
- Eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Pflegeleistungen.

Forderungen an Kantone sowie Städte und Gemeinden:

- Einführen eines Soziallastenausgleichs (in denjenigen Kantonen, in denen die Sozialhilfe vollständig in kommunaler Kompetenz ist).
- Entwicklung von Alterskonzepten auf kommunaler Ebene.
- Planung des öffentlichen Verkehrs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Generationen
- Fördern der Nachbarschaftshilfe in Quartieren.

Intelligente und integrative Verkehrssysteme fördern

Die wachsende Mobilität bereitet den Städten besonders grosse Sorgen; dies zeigt die Befragung der städtischen Exekutiven, die der Städteverband im Herbst 2017 durchgeführt hat. Bereits heute funktionieren die Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationen am Rande ihrer Belastungsgrenze. Die grösste Anzahl Stautunden auf den Nationalstrassen sind dort zu verzeichnen. Dies verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten und schwächt den Wirtschaftsstandort.



Neue Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen sind zwingend und kostspielig. Um dem Verkehrskollaps zu entgehen braucht es ein verschiedene Massnahmen: gezielte Ausbauten, eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel, die Förderung des Langsamverkehrs wie den Fuss- und Veloverkehr, eine bessere Ausnutzung des öffentlichen Verkehrs und die Verlagerung des Lastenverkehrs auf die Schiene. Um die Herausforderung der extremen Verkehrsauslastung durch die Pendlerströme auf der Strasse und im öffentlichen Verkehr bewältigen zu können, braucht es weiter eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die gezielte Förderung von Telearbeit. In den dicht besiedelten Gebieten ist eine gesamtheitliche Betrachtung (inkl. Abstimmung von Siedlung und Verkehr) geboten, wie sie bei den Agglomerationsprogrammen vorgelebt werden. Diese Herausforderungen bieten auch grosse Chancen. Innovative Projekte und intelligente Systeme u.a. für multimodale Verkehrssteuerungen oder die Güterlogistik und den Gewerbeverkehr sollen entstehen können. Die gesetzlichen Grundlagen dürfen solche Entwicklungen nicht hemmen.

Forderungen an den Bund:

- Verstärken der Gesamtverkehrsperspektive in den Agglomerationsprogrammen und der Verkehrspolitik generell.
- Entwickeln von partnerschaftlichen Ansätzen bei der Abstimmung von Nationalstrassen- und übrigen Strassennetzen.
- Schaffen von günstigen Rahmenbedingungen für das Projekt «cargo souterrain»., zur Entlastung des überirdischen Verkehrs.

Forderungen an Kantone sowie Städte und Gemeinden:

- Förderprogramm für die Elektrifizierung der städtischen Busflotten.
- Entwickeln von Anlieferungs- und «City Logistik»-Konzepten.
- Ausschreiben von Ladesäulen für Elektromobilität im öffentlichen Raum.

Lebendige Innenstädte erhalten

Die Prosperität der Städte ist untrennbar verknüpft mit den guten Rahmenbedingungen der Schweiz. Städte sind seit jeher Wirtschaftsstandorte. Gerade weil die Wirtschaft mehr denn je von Dienstleistungen geprägt ist. Zentrale Faktoren für die wirtschaftliche Stärke der Städte sind die Nähe zu Bildung und Forschung, der Zugang zu qualifiziertem Fachpersonal, gute Infrastrukturen sowie auch ein konkurrenzfähiges Steuerniveau.

In vielen Innenstädten befindet sich der Detailhandel aber in der Krise. Für lebendige Städte und eine ausreichende Versorgung für alle Bevölkerungsschichten ist ein breites Angebot von Geschäften und Gewerbebetrieben von grosser Bedeutung. Es braucht einen guten Branchenmix. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Strukturwandels braucht es neue Rezepte und Zusammenarbeitsformen zwischen den Städten sowie dem Detailhandel und dem Gewerbe.

Forderungen an Kantone sowie Städte und Gemeinden:

- Entwickeln von partizipativen Belebungsprojekten für Gewerbe und Detailhandel in der Innenstadt.



Energieverbrauch senken, Ressourceneffizienz erhöhen

Die Digitalisierung durchdringt unseren Alltag. Die Städte können, ja müssen mit ihren Unternehmen der öffentlichen Hand bei dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle übernehmen und zu Smart Cities werden. Dank technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen können Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, ökologischer und sozial inklusiver werden. Das Ziel dabei muss sein, den Energieverbrauch zu senken, die Ressourceneffizienz zu erhöhen und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern.

Nötig sind Mut zur Innovation, Kooperationen mit Privaten sowie Investitionen in die digitale Technologie. Der Bund kann dafür optimale Voraussetzungen schaffen, insbesondere mit der Einführung der elektronischen Unterschrift.

Forderungen an den Bund:

- Rasche Einführung der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer digitalen Identität (E-ID), die auch von der öffentlichen Hand vergeben werden kann.
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Förderung und die Nutzung von autonomen Fahrzeugen.
- Einrichten eines Innovationsfonds für smart city-Projekte.
- Prüfung eines nationalen Finanzierungsfonds für den Bau von Breitband-Infrastruktur, analog zum Bahninfrastrukturfonds (BIF) und zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF).
- Stärken des Programms Energiestadt, mit dem Städte und Gemeinden eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Energiepolitik verfolgen.

Forderungen an Kantone sowie Städte und Gemeinden:

- Erarbeiten einer Smart-City-Strategie
- Unbürokratisches Ermöglichen von Pilotprojekten
- In den Eigentümerstrategien der eigenen öffentlichen Unternehmen einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen.

Sicherheit in Schweizer Städten garantieren

Schweizer Städte haben im internationalen Vergleich ein hohes Sicherheitsniveau. Aber auch sie sind mit Herausforderungen wie der zunehmenden 24-Stundengesellschaft, in Bezug auf Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, der wachsenden Technikabhängigkeit oder auch der hohen Gewaltbereitschaft konfrontiert. Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist eine der wichtigsten Aufgaben von städtischen Behörden. Und mehr denn je kann diese Aufgabe nicht mehr von den Städten alleine wahrgenommen werden, sondern verlangt eine enge Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften auf Kantons- und Bundesebene, aber auch mit Präventionsexperten, Quartierorganisationen und weiteren Partnern.

Forderungen an den Bund:



- Förderung der Verbreitung von bestehenden Präventionskonzepten von Städten und Gemeinden über die Strukturen des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus.
- Unterstützung von Präventionsstellen auf kommunaler und kantonaler Ebene.

Forderungen an Kantone sowie Städte und Gemeinden:

- Berücksichtigen von Sicherheitsaspekten in der Stadtplanung.
- Verstärken des Austauschs zwischen Polizei sowie Schul- und Sozialämtern sowie generell zwischen Gewaltprävention und sozialer Arbeit.